



**NBB**  
Niedersächsischer  
Beamtenbund und  
Tarifunion

Ellernstr. 38  
D-30175 Hannover

Verantwortlich:  
Alexander Zimbehl

Telefon: 0511. 35398830  
Mobil: 0151. 26191002  
post@nbb.dbb.de  
www.nbb.dbb.de

# Haushaltsklausur der Landesregierung

08.07.2021

## **NBB fordert Investitionen für den öffentlichen Dienst**

Im Vorfeld der Haushaltsklausur der niedersächsischen Landesregierung fordert der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion die Landespolitik auf, deutlich mehr in den öffentlichen Dienst zu investieren.

Die seit Jahren andauernde Unterfinanzierung des öffentlichen Dienstes wird absehbar dazu führen, dass dieser zunehmend unattraktiv für den dringend benötigten Nachwuchs in der niedersächsischen Landesverwaltung und allen damit verbundenen Berufszweigen wird. So geht der NBB davon aus, dass bedingt durch den demografischen Wandel bis zum Jahr 2026 mehr als ein Drittel der derzeit Beschäftigten, sowie der Beamtinnen und Beamten in den Ruhestand gehen werden.

Diese Menschen müssen dringend ersetzt werden, um die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen an den öffentlichen Dienst wahrnehmen zu können. Schon jetzt merken die Bürgerinnen und Bürger des Landes Niedersachsen die Auswirkungen der Sparpolitik der vergangenen Jahre zum Nachteil der öffentlichen Haushalte deutlich.



Damit das Land Niedersachsen wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber wird, der die an ihn gestellten Anforderungen in Fragen der allgemeinen Verwaltung, dem Gesundheitswesen, der Steuer- und Finanzverwaltung, der Bildung, der Sicherheit und allen weiteren Themen des öffentlichen Dienstes gerecht werden kann, ist dringend eine Investitions- und Personaloffensive, sowie eine nachhaltige Kommunalunterstützung, seitens des Landes Niedersachsen erforderlich.

Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes dürfen nicht zu den Verlierern der Corona-Krise werden – das Land steht in der Verpflichtung, einen eigenen leistungsfähigen öffentlichen Dienst zu erhalten und im Wettbewerb um die Besten endlich konkurrenzfähig zu werden.

Bei den Themen Bezahlung, Personalnachersatz und technische Ausstattung muss das Land Niedersachsen deutlich besser, schneller, smarter und digitaler werden. Das wird nicht ohne Investitionen gehen.

Sparmaßnahmen zum Nachteil der Beschäftigten und der Investitionen erteilt der Niedersächsische Beamtenbund eine klare Absage. Die Konsequenzen aus der Corona-Krise durch neue Sparwellen und Nullrunden im öffentlichen Dienst zu kompensieren wird zu deutlichen Problemen in der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes führen.

Im Einzelnen lauten die Forderungen des NBB wie folgt:

#### Nachhaltige Investitionen im Personalhaushalt

Nach Überzeugung des NBB benötigt das Land Niedersachsen bereits jetzt und ebenso in die Zukunft gerichtet deutlich mehr anstatt weniger Personalinvestitionen in den öffentlichen Dienst.

Der Personalbedarf hat in den vergangenen Jahren, insbesondere

**Personal-  
haushalt**



bedingt durch zusätzliche Aufgaben und Anforderungen, deutlich zu-  
anstatt abgenommen.

Dieser Entwicklung muss das Land Niedersachsen jetzt begegnen und  
mehr Menschen zu attraktiven Voraussetzungen in den öffentlichen  
Dienst einstellen.

Der Niedersächsische Beamtenbund kalkuliert aktuell einen  
Stellenbedarf im Minimum von 45.000 Stellen um das in den  
kommenden fünf Jahren entstehende Personaldelta auszugleichen.

Gleichzeitig erwartet der NBB die Bereitstellung zusätzlicher  
Haushaltsmittel für eine gerechte Besoldung und Entlohnung  
zugunsten der derzeit Beschäftigten, sowie der Versorgungs-  
berechtigten.

Der aktuelle Besoldungsreport hat erneut deutlich gemacht, dass  
Niedersachsen beispielsweise in den Besoldungsgruppen A9 und A13  
im Bund-Ländervergleich sich auf den letzten Plätzen wiederfindet.

Hier muss das Land, allein im Hinblick auf die anstehenden  
Tarifverhandlungen, deutlich nachlegen und den Beschäftigten  
Perspektiven für die Zukunft bieten. Im Hinblick auf die zu erwartende  
Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation der  
niedersächsischen Beamtinnen und Beamten erwarten wir seitens des  
Landes Niedersachsen, umfassende Haushaltsmittel zur Verfügung zu  
stellen um eine verfassungskonforme Besoldung zu gewährleisten.

### Investitionen in Digitalisierung

Zur Verschlinkung von Verwaltungsvorgängen erwartet der NBB eine  
Verstärkung der Digitalisierungsoffensive im öffentlichen Dienst.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Beschäftigten des  
öffentlichen Dienstes sich nach wie vor mit veralteter oder  
ausbleibender Technologie auseinander zu setzen haben.

### **Digitalisierung**



Allein die Schwierigkeiten, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes die Möglichkeit der Wahrnehmung des Homeoffice darzustellen zeigt, dass das Land Niedersachsen hier in den vergangenen Jahren an der falschen Stelle gespart hat.

Wir benötigen eine digitale niedersächsische Landesverwaltung, die den Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte gerecht werden kann.

### Investitionen in kommunale Verwaltung

## **kommunale Verwaltung**

Der NBB fordert gerade wegen der besonderen Belastungen der niedersächsischen Kommunen während und nach der Corona Krise einen deutlichen kommunalen Rettungsschirm.

Das Land muss den Kommunen finanziell mehr unter die Arme greifen, um finanzielle Schieflagen durch die Corona Pandemie auszugleichen. Ohne eine starke kommunale Verwaltung funktioniert kein Gemeinwesen.

Die Menschen in diesem Land spüren insbesondere die Unterfinanzierung der kommunalen Verwaltung mittlerweile deutlich. Hier erwarten wir eine nachhaltige Unterstützung des Landes zugunsten seiner Kommunen.

### Investitionen zur Abfederung von Belastungen

## **Abfederung von Belastungen**

Insbesondere die steigenden Energiepreise bedeuten für viele Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erhebliche Belastungen.

Gerade in einem Flächenland wie Niedersachsen, wo viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes auf ihr Kraftfahrzeug angewiesen sind – zumal bezahlbarer Wohnraum zunehmend knapp wird – sind die Belastungen der Energiewende deutlich spürbar. Der NBB fordert im



Interesse der Beschäftigten das Land Niedersachsen auf, diesen Entwicklungen zu begegnen und insbesondere die Reisekostenpauschale entsprechend anzuheben.

### Investitionen zur Anerkennung der Leistungen

Zur Attraktivität eines Arbeitgebers gehört nach der festen Überzeugung des NBB, dass die Leistungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst entsprechende Anerkennung finden.

Insbesondere in der Corona-Krise hat der öffentliche Dienst seine Leistungsfähigkeit absolut unter Beweis gestellt.

Aus diesem Grunde fordert der NBB die niedersächsische Landesregierung auf, endlich die Jubiläumszuwendungen anzupassen und sie in einen direkten Vergleich zu den Unternehmen der Privatwirtschaft zu stellen.

Unabhängig von dem deutlich zu niedrigen Niveau der derzeitigen Jubiläumszuwendungen und dem Umstand, dass diese Zuwendungen nicht steuerbefreit sind, weist der NBB darauf hin, dass diese Zuwendungen lediglich bis zur Besoldungsgruppe A11 angewendet werden. Hierbei handelt es sich aus Sicht des NBB um eine Benachteiligung vieler Beamtinnen und Beamten. Hier bedarf es einer nachhaltigen Verbesserung im Sinne der Würdigung langjähriger Treue zum Land Niedersachsen.

Der Niedersächsische Beamtenbund und Tarifunion hat die klare Erwartungshaltung an die niedersächsische Landesregierung, im Rahmen der bevorstehenden Haushaltsklausur die Interessen seiner eigenen Beschäftigten in den Blick zu nehmen und nunmehr endlich in die Zukunft zu investieren – für einen starken und leistungsfähigen öffentlichen Dienst!

## **Jubiläums- zulage**

## **Investieren in einen starken öffentlichen Dienst**

08.07.2021

